

Leitfaden für lokale Veranstaltungen im Wahlkampf

Der Sozialverband VdK begleitet mit seinen Forderungen den Bundestagswahlkampf 2025. Die Forderungen, die der Verband auf seinem Bundesverbandstag 2023 verabschiedet hat, können unter anderem auf Veranstaltungen in Fragerunden oder auch schriftlich von den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden an die jeweiligen Bundestagskandidatinnen und -kandidaten gestellt werden

Um die Verbandsstufen dabei zu unterstützen, stellt der VdK Deutschland einen Fragenkatalog zur Verfügung, der die zentralen Themen des VdK abbildet. Die Fragen werden mit Hintergrundinformationen und den Forderungen des VdK ergänzt.

Viel Erfolg bei Ihrer wichtigen Wahlkampfarbeit!

Rente

Rentenniveau:

Unterstützen Sie die Aussage, dass das Rentenniveau schnell stabilisiert und mittelfristig auf 53 Prozent angehoben werden muss, um auch für die zukünftige Generation das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung zu sichern (das würde einer 10-prozentigen Rentenerhöhung entsprechen)?

Gesund arbeiten bis zur Regelaltersgrenze:

Hält Ihre Partei an der Regelaltersgrenze von 67 Jahren fest und welche Vorschläge haben Sie, damit es zukünftig mehr Menschen schaffen, gesund und motiviert bis zur Regelaltersgrenze erwerbstätig zu sein?

Altersarmut gezielt bekämpfen:

Was sind die Vorschläge Ihrer Partei zur gezielten Bekämpfung von niedrigen Renten und von Altersarmut?

Unterstützen Sie die Forderung nach höheren Rentenbeiträgen für Zeiten der Erziehung von Kindern (3 statt 2,5 Entgeltpunkte für Kinder, die vor 1992 geboren wurden) und für pflegende Angehörige, die aufgrund ihrer Verpflichtungen ihre Erwerbsarbeit reduzieren müssen?

Will Ihre Partei am Grundrentenzuschlag für Menschen, die jahrzehntelang im Niedriglohnsektor gearbeitet haben, festhalten, und wie wollen Sie verhindern, dass die Hälfte der eigentlich Berechtigten nach der sehr bürokratischen Anrechnung des Partnereinkommens den Anspruch auf eine Grundrente verliert?

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Zeiten des Bürgergeldbezugs wieder rentenrechtlich zu bewerten (wurde 2011 abgeschafft)?

Wie stehen Sie zu der Forderung, die Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten abzuschaffen?

Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass für chronisch Kranke einerseits der Zugang zur Erwerbsminderungsrente erleichtert wird, sie aber auch unterstützt werden, wenn sie wieder ins Arbeitsleben zurückkehren wollen?

Finanzierung:

Welche Vorschläge hat Ihre Partei, um eine gute gesetzliche Rente langfristig ausreichend zu finanzieren und nicht-beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln zu finanzieren?

Erwerbstätigenversicherung:

Unterstützen Sie gesetzgeberische Schritte, damit zukünftig auch Politiker, Selbstständige und Beamte in die gesetzliche Rente einzahlen?

Hintergrund und Forderungen

Das Rentenpaket II und damit die langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus wurde nicht verabschiedet. Die besten Präventivmaßnahmen gegen niedrige Renten und Altersarmut sind gute Löhne, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung beziehungsweise der Pflege von Angehörigen und ein Rentenniveau von 53 Prozent. Ohne eine Stabilisierung des Rentenniveaus werden die Renten ab 2026 hinter der Lohnentwicklung zurückbleiben. Schon für die enormen Kaufkraftverluste der vergangenen Jahre gab es keine ausreichenden Rentenerhöhungen. Es braucht neben höheren Renten für alle auch gezielte Maßnahmen gegen Altersarmut und zur Finanzierung einer lebensstandardsichernden und armutsfesten Rente eine breitere Einnahmehbasis für die Rentenversicherung.

Gesundheit

Sicher und gerecht:

Wie möchten Sie die gesetzliche Krankenversicherung stärken und das Krankenversicherungssystem gerechter gestalten?

Hintergrund und Forderungen

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) ist auch in der vergangenen Legislaturperiode unter Druck geraten. Durch die angestoßenen und notwendigen Reformprojekte wurden viele Kosten auf die gesetzliche Krankenversicherung umgelagert. Alleine zur Finanzierung der Krankenhausreform wurden Kosten von 25 Milliarden Euro auf die gesetzliche Krankenversicherung übertragen. Dies führt zu einer Steigerung der Zusatzbeiträge und damit zu einer deutlich größeren Belastung der Beitragszahler.

Der VdK setzt sich seit Jahren für eine einheitliche solidarische Krankenversicherung ein. Derzeit werden Menschen mit hohem Einkommen durch die Beitragsbemessungsgrenze bevorteilt oder können sich der gesetzlichen Krankenversicherung gar gänzlich entziehen. Hinzu kommen die Selbstständigen, Beamten oder auch die Politiker, die von vornherein für die private Krankenversicherung (PKV) vorgesehen sind.

Durch eine einheitliche solidarische Krankenversicherung, in die alle Menschen einzahlen, könnte das System der gesetzlichen Krankenversicherung massiv entlastet werden. Je nach Schätzung könnten sogar die Beitragssätze um bis zu 3,8 Prozentpunkte herabgesetzt werden.

Vielfach wird das derzeitige Krankenversicherungssystem als „Zwei-Klassen-System“ bezeichnet. Diese Bezeichnung ist jedoch unzureichend. Menschen, die sich in jungen Jahren für die Versicherung in der privaten Krankenversicherung entschieden haben und sich diese im Alter nicht mehr leisten können, sind deswegen oft von Altersarmut betroffen. Selbst der Wechsel in den Basistarif der privaten Krankenversicherung ist häufig nicht mehr ausreichend und sorgt dafür, dass Menschen zu Patienten dritter Klasse werden. Viele dieser Menschen finden kaum einen Hausarzttermin, insbesondere keinen schnellen, und müssen parallel viel Geld für die private Krankenversicherung bezahlen.

Gesetzliche Krankenversicherung und private Krankenversicherung müssen einander schrittweise angeglichen werden. Dazu gehört eine höhere Beteiligung der privaten Krankenversicherung an den Kosten für die Struktur der Leistungserbringer, die auch bei einem zugegebenermaßen verhältnismäßig höheren Anteil der PKV-Versicherten maßgeblich von den GKV-Versicherten lebt. Eine Vereinheitlichung der Vergütungsstruktur für ambulante Leistungen würde einen Anreiz für die bessere und schnellere Versorgung der PKV-Versicherten beseitigen. Beamte und andere

Beihilfeberechtigte stellen den wesentlichen Anteil der PKV-Versicherten dar und können sich mehrheitlich gar nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung absichern. Das ist auszugleichen.

Wettbewerb:

Wie sollte sich Ihrer Meinung nach der Wettbewerb innerhalb des Gesundheitswesens ändern

Hintergrund und Forderungen

Der Wettbewerb zwischen den gesetzlichen Krankenkassen wurde in den 1990er-Jahren in der Erwartung eingeführt, die gesundheitliche Versorgung der Versicherten zu verbessern. Es gibt jedoch keinen Beleg dafür, dass sich diese Erwartung erfüllt hat.

Bei der ambulanten Versorgung gibt es Entwicklungen über das bisherige Maß der Gewinnerorientierung von Arztpraxen hinaus. Investoren übernehmen lukrative Facharztpraxen oder Medizinische Versorgungszentren. Behandelnde Ärzte geraten dabei offenbar leichter unter Erfolgsdruck, wenn sie Gewinnziele erreichen müssen. Wirtschaftliche Kriterien dürfen der richtigen Gesundheitsversorgung der Patientinnen und Patienten aber nicht vorgehen.

Der VdK fordert, den Wettbewerb unter den gesetzlichen Krankenkassen abzuschaffen. Sie müssen sich allein auf die medizinische Versorgung konzentrieren. Möglichkeiten zu einer deutlichen Verschlankung des Systems der gesetzlichen Kassen sind mit dem Ziel einer einheitlichen gesetzlichen Krankenkasse mit regionalen Untergliederungen zu prüfen. Verwaltungsmitarbeiter der Krankenkassen sind sozialverträglich in ein flächendeckendes Netz von Filialen für die Beratung und Anliegen der Versicherten umzuleiten.

Flächendeckend:

Wie möchten Sie die flächendeckende Gesundheitsversorgung sichern?

Hintergrund und Forderungen

Das Krankenhaussterben und der Abbau von Versorgungsstrukturen auf dem Land schreiten voran. Die vergangene Bundesregierung hat mit dem Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) und dem Gesundheitsversorgungsverbesserungsgesetz (GVSG) versucht, Antworten auf diese Frage zu finden. Diese waren jedoch nicht weitreichend genug. Zudem ist nicht mehr davon auszugehen, dass das GVSG noch in dieser Legislatur beschlossen wird.

Für die ambulante Versorgung ist die Zahl niedergelassener Ärzte von entscheidender Bedeutung. Diese Zahl variiert stark zwischen Ballungsgebieten und ländlichen Gegenden. Auch die Zahl der PKV-Versicherten in einer Gegend führt, aufgrund der besseren Vergütungsmöglichkeiten, zu einer teilweise viermal so hohen Zahl an niedergelassenen Ärzten. Zum Teil sind Haus- und Fachärzte nicht in angemessener Zeit mit dem ÖPNV zu erreichen.

Hier muss aus Sicht des VdK gegengesteuert werden, um gute Anreize für Ärzte und Psychotherapeuten zu setzen, sich auch in ländlichen Gebieten niederzulassen.

Alle Patienten in Deutschland müssen Zugang zu einer sicheren und qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung haben. Sie müssen im Notfall und bei einer planbaren Krankenhausbehandlung Krankenhäuser mit der besten Qualität mit angemessenem Aufwand erreichen können. Für komplizierte Behandlungen müssen Mindestmengen vorgeschrieben sein, da sonst zumeist kleine Krankenhäuser nicht die nötige Expertise für diese Eingriffe erlangen können. Es ist nicht entscheidend, sehr viele Krankenhäuser zu haben, sondern das richtige Krankenhaus an der richtigen Stelle. Dabei sind auch Kriterien wie lange Fahrtwege und Nachsorge, die Diagnosestellung durch erfahrene Ärzte und die Versorgung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen zu Hause zu beachten.

Die Krankenhausplanung muss in den Händen der Länder bleiben.

Der VdK fordert eine bedarfsorientierte Planung für die ambulante Gesundheitsversorgung. Kommunen sollen stärker in die Planungsprozesse und die Planungsausschüsse der Kassenärztlichen Vereinigungen eingebunden werden. Haus- und Fachärzte müssen mit dem ÖPNV innerhalb von 30 Minuten erreichbar sein.

Aufgrund der Verschiebung der Versorgungssituation durch PKV-Versicherte muss mittelfristig die einheitliche solidarische Bürgerversicherung eingeführt werden.

Die Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung sind abzubauen, um die richtige Versorgung der Patienten zu erreichen.

Die Zahl und Verteilung von Krankenhäusern müssen sich nach der guten Erreichbarkeit für Notfälle und einfache Behandlungen andererseits richten. Für komplizierte Behandlungen sind Mindestmengen vorzuschreiben.

Frauen und Familie

Kinderarmut bekämpfen:

Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei gegen Kinderarmut ergreifen?

Hintergrund und Forderungen

In Deutschland sind fast drei Millionen Kinder von Armut betroffen oder bedroht. Dies ist mehr als jedes fünfte Kind. Armut wirkt sich auf die Bildungschancen der Kinder und damit auf ihr zukünftiges Einkommen aus. Staatliche Leistungen wie das Kindergeld oder der Kinderzuschlag sollen Kinderarmut vermeiden. Obwohl diese Leistungen in den letzten Jahren immer wieder verbessert wurden, ist die Kinderarmut weiterhin hoch. Aus Sicht des VdK braucht es einen politischen Richtungswechsel, um Kinderarmut endlich zu beenden. Die jetzigen Leistungen für Kinder müssen zu einer einzigen Leistung gebündelt und erhöht werden. Zusätzlich braucht es gute Ganztagschulen mit kostenlosem Mittagessen und passende Freizeitangebote für Kinder.

Pflegegehalt einführen:

Wie steht Ihre Partei zu einem Pflegegehalt für pflegende Angehörige?

Hintergrund und Forderungen

Pflegende Angehörige sind der größte Pflegedienst in Deutschland. Der Großteil von ihnen erhält für die Pflege keine finanzielle Anerkennung. Das Pflegegeld steht rechtlich den Pflegebedürftigen zu und wird nur in wenigen Fällen vollständig an die Angehörigen weitergegeben. Wer seine Angehörigen pflegt und gleichzeitig erwerbstätig ist, kann sich zwar unter bestimmten Voraussetzungen für eine gewisse Zeit von der Arbeit freistellen lassen (Stichwort Pflegezeit und Familienpflegezeit), kann als finanziellen Ausgleich aber lediglich ein zinsloses Darlehen vom Staat beantragen. Nur sehr wenige Angehörige nehmen diese Möglichkeiten in Anspruch. Eine Studie zeigt, dass pflegende Angehörige häufiger von Armut betroffen sind als der durchschnittliche Deutsche. Der VdK setzt sich für einen ausreichend langen Anspruch auf Reduzierung und Unterbrechung der Erwerbsarbeit ein. Zusätzlich muss ein Pflegegehalt für pflegende Angehörige eingeführt werden.

Finanziell absichern:

Wie möchte Ihre Partei die finanzielle Absicherung von Frauen verbessern?

Hintergrund und Forderungen

Frauen sind finanziell schlechter abgesichert als Männer. Sie arbeiten häufiger in Teilzeit, erhalten

geringere Stundenlöhne und steigen häufiger ganz aus dem Erwerbsleben aus. Frauen übernehmen hingegen den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit wie die Kinderbetreuung, die Pflege von Angehörigen und den Haushalt. Dies erschwert ihre Chancen auf eine unabhängige Existenzsicherung. Noch nicht einmal jede zweite Mutter mit minderjährigen Kindern verfügt über ein existenzsicherndes Einkommen. Der VdK fordert gerechte Löhne für Frauen, die Abschaffung von Minijobs und ein Rückkehrrecht in Vollzeitarbeit nach einer familiären Erwerbsunterbrechung. Des Weiteren müssen orts- und zeitflexibles Arbeiten gefördert werden und das Ehegattensplitting durch ein Familiensplitting abgelöst werden.

Behinderung

Medizinisch gut versorgen:

Wie wollen Sie gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen den gleichen Zugang zur medizinischen Versorgung bekommen wie nicht behinderte Menschen?

Hintergrund und Forderungen

Zum Jahresende 2023 lebten in Deutschland rund 7,9 Millionen Menschen mit anerkanntem Schwerbehindertenstatus, laut Statistischem Bundesamt rund 67 000 oder 0,9 Prozent mehr als zum Jahresende 2021. Knapp 91 Prozent der schweren Behinderungen wurden durch eine Krankheit verursacht. Rund 3 Prozent der Behinderungen waren angeboren oder traten im ersten Lebensjahr auf. 1 Prozent der Behinderungen waren auf einen Unfall oder eine Berufskrankheit zurückzuführen.

Mit SGB IX wurde ein Paradigmenwechsel eingeführt: weg vom Gedanken der Fürsorge und Verwahrung hin zum Prinzip der selbstbestimmten Teilhabe und dem Schutz vor Diskriminierung. Auch die völkerrechtliche UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) gilt in Deutschland seit ihrem Inkrafttreten im März 2009 und hat den Wandel des Verständnisses von Behinderung vorangetrieben. Zwar gab es in den letzten Jahren einige Verbesserungen, aber Deutschland ist vom Leitbild der Inklusion in allen Lebensbereichen noch weit entfernt.

Viele Menschen mit Behinderungen haben keine ortsnahe gesundheitliche Versorgung in derselben Bandbreite und Qualität wie Menschen ohne Behinderungen. Das Recht auf freie Arztwahl bleibt ihnen verwehrt. Die meisten Praxen sind nicht barrierefrei. Auch in Kliniken und Rehakliniken stoßen Menschen mit Behinderungen immer wieder auf Barrieren.

Arbeitsmarkt:

Welche Maßnahmen befürworten Sie, um mehr schwerbehinderte Menschen in Arbeit zu bringen? Teilen Sie die Ansicht des VdK, dass die Arbeit der Schwerbehindertenvertretungen in den Betrieben und Dienststellen rechtlich gestärkt werden muss?

Hintergrund und Forderungen

Die Erwerbsbeteiligung schwerbehinderter Menschen ist deutlich niedriger als bei der nicht-schwerbehinderten Bevölkerung. Im Durchschnitt des Jahres 2023 waren 166.000 schwerbehinderte Menschen arbeitslos, circa 2000 mehr als im Vergleich zum Vorjahr. Obwohl arbeitslose schwerbehinderte Menschen gut qualifiziert sind, gelingt es ihnen trotzdem seltener als nicht-schwerbehinderten, eine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt aufzunehmen.

Steuerlich entlasten:

Werden Sie sich für eine regelmäßige Anpassung der Behindertenpauschbeträge im Einkommenssteuerrecht einsetzen, damit es nicht wieder 45 Jahre dauert, bis es zur nächsten Anhebung kommt?

Autofreie Innenstädte:

Auch Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf Mobilität. Wenn Innenstädte zunehmend autofrei und Parkflächen abgebaut werden sollen, darf dies nicht für Behindertenparkplätze gelten. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Zahl der Behindertenparkplätze an die Zahl der dort zum Parken Berechtigten angepasst wird und die strengen Voraussetzungen für den blauen Parkausweis moderat geändert werden, damit mehr mobilitätsbeeinträchtigte Menschen, die zwingend auf den PKW angewiesen sind, am Leben teilhaben können?

Hintergrund und Forderungen

Menschen mit Behinderung haben durch ihre Behinderung oft einen größeren Aufwand im Alltag. So müssen sie zum Beispiel mehr Geld für Medikamente, Hilfsmittel oder Pflege ausgeben. Die Organisation von Teilhabe und Mobilität ist häufig mit einem viel höheren Aufwand verbunden als für Menschen ohne Behinderung. Um diese und andere Nachteile zumindest etwas auszugleichen, gibt es „Nachteilsausgleiche“. Welche Nachteilsausgleiche man bekommt, hängt vom Grad der Behinderung (GdB) und von der Art der Behinderung ab. Auch die Merkzeichen im Schwerbehindertenausweis sind für viele Nachteilsausgleiche wichtig.

Benachteiligungsverbot:

Werden Sie sich für ein wirksames gesetzliches Verbot der Benachteiligung von Menschen wegen Behinderung, Erkrankung oder Alters beim Abschluss von Versicherungen und anderen Verträgen einsetzen?

Diskriminierungen:

Teilen Sie die Forderung des VdK, dass die Beratung und die rechtliche Unterstützung verbessert werden sollten und z. B. zur Vermeidung von Klagen in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ein vorgeschaltetes Schlichtungsverfahren aufgenommen werden sollte?

Hintergrund und Forderungen

Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen erleben nach wie vor eine Vielzahl von Diskriminierungen in ihrem Alltag. Deshalb fordert der VdK eine umfassende Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Ältere Menschen werden von Verträgen und Krediten ausgeschlossen. Menschen mit Behinderungen können bestimmte Versicherungen nicht abschließen, weil ihnen pauschal ein höheres Risiko unterstellt wird.

Barrierefreiheit

Private Anbieter verpflichtet:

Unterstützen Sie die Forderung des VdK nach einer gesetzlichen Verpflichtung privater Anbieter von Gütern und Dienstleistungen zur Barrierefreiheit, mindestens aber zur Verpflichtung zu angemessenen Vorkehrungen im Einzelfall?

Mehr barrierefreie Wohnungen:

In Deutschland fehlen drei Millionen barrierefreie Wohnungen. Damit Menschen mit Behinderungen in Zukunft adäquaten Wohnraum finden, muss aus der Sicht des VdK der gesamte Neubau im Mehrparteienwohnungsbau barrierefrei gestaltet werden. Unterstützen Sie die Forderung des VdK, Barrierefreiheit im Baugesetzbuch als Grundsatz der Bauleitplanung zu verankern?

ÖPNV ohne Hürden:

Wie möchten Sie sicherstellen, dass der Öffentliche Personenverkehr barrierefrei wird?

Hintergrund und Forderungen

Barrierefreiheit ist eine wesentliche Grundlage dafür, dass in Deutschland über 13 Millionen Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt am Leben teilhaben können. Von Barrierefreiheit profitiert die ganze Gesellschaft. Die Abschaffung baulicher, kommunikativer und digitaler Barrieren hilft auch älteren Menschen, Kindern, Eltern oder allen, die zeitweise in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Barrierefreiheit ist ein Menschenrecht. Insbesondere der Privatsektor ist in Deutschland immer noch unzureichend barrierefrei.

Pflege

Eine Pflegeversicherung:

Unterstützen Sie die Forderung nach einer einheitlichen Pflegeversicherung, das heißt die Zusammenlegung von sozialer Pflegeversicherung und privater Pflegeversicherung sowie die Pflicht-Versicherung aller Bürger, inklusive Beamter, Abgeordneter und Selbstständiger?

Finanzierung:

Setzen Sie sich für die Finanzierung aller versicherungsfremden Leistungen durch den Haushalt ein? (Pandemiekosten, Rentenbeiträge von pflegenden Angehörigen) Planen Sie weitergehende Steuerzuschüsse für die Pflegeversicherung?

Sektorale Versorgung:

Wollen Sie die Sektorengrenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung überwinden, wenn ja, wie? (Derzeit orientiert sich die Pflegeleistung am Ort der Leistungserbringung und nicht an den Bedürfnissen des Pflegebedürftigen.) Es darf jedoch nicht der Wohnort über die Leistungserbringung entscheiden. Dafür müssen die Sektorengrenzen überwunden werden, auch um Versorgungsangebote wie die Quartierspflege oder Pflege-WGs zu fördern.)

Auf kommunaler Ebene:

Wollen Sie, und wenn ja, wie die kommunale Verantwortung in der Pflege stärken?

Nächstenpflege stärken:

Setzen Sie sich für Unterstützungen für pflegende Angehörige ein? (Ausbau von Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege; Fallbegleitung/begleitendem Case-Management)

Hintergrund und Forderungen

In Deutschland leben derzeit rund 5,2 Millionen pflegebedürftige Menschen. Der weit überwiegende Teil davon (84 Prozent) lebt zu Hause. 3,1 Millionen wiederum werden zum überwiegenden Teil von An- und Zugehörigen gepflegt, die überwiegend weiblich sind (72 Prozent). Hauptpflegepersonen arbeiten im Schnitt 49 (!) Stunden wöchentlich. Aus dieser hohen Belastung folgen häufig die Reduzierung oder Aufgabe der eigenen Erwerbsarbeit und die Vernachlässigung der eigenen Gesundheit. Gleichzeitig fehlen zur Zahl der pflegenden Angehörigen sowie zum Umfang ihrer Arbeit Daten. Ohne diese ist jedoch weder absehbar, ob und in welchem Umfang

diese überhaupt für die Pflege von Angehörigen zur Verfügung stehen, noch welche Unterstützung(-leistungen) diese benötigen.

Die Pflege der Zukunft steht vor der Herausforderung, Antworten auf die Folgen des demografischen Wandels zu liefern, denn gleichzeitig ist hier mit dem Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen und zugleich mit deutlich weniger beruflich und informell Pflegenden zu rechnen. Gleichzeitig fehlt es an Versorgungsstrukturen, die dem Bedarf folgen, und der dafür notwendigen stabilen Finanzierung der Pflegeversicherung.

Armut und Grundsicherung

Mindestlohn:

Befürwortet Ihre Partei die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf mindestens 15 Euro?

Hintergrund und Forderungen

Der gesetzliche Mindestlohn ist eine Erfolgsgeschichte, weil er für Millionen Menschen eine untere Lohngrenze gezogen hat. Damit der Mindestlohn aber auch wirksam vor Armut schützen kann, muss er existenzsichernd sein und eine Altersvorsorge über der Grundsicherungsschwelle ermöglichen. Dafür muss er im Jahr 2025 auf mindestens 15 Euro angehoben werden.

Regelsätze anheben:

Sollten nach der Vorstellung Ihrer Partei auch eine Neuberechnung und Anhebung der Regelsätze erfolgen, damit die Kosten für eine gesunde Ernährung und Stromversorgung abgesichert sind? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Mehrkosten bei Älteren und Erwerbsgeminderten für Gesundheit, Mobilität und Barrierefreiheit gesondert erfasst und finanziert werden?

Hintergrund und Forderungen

Wenn man über die Höhe des Bürgergeldes spricht, wird oft vergessen, dass auch viele Ältere und Erwerbsmindernde von diesen Regelsätzen leben müssen. Ihre Renten reichen nicht zum Leben und sie müssen die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aufstocken. Die Regelsätze sind zu gering und viele Studien belegen, dass sie nicht die Kosten für eine gesunde Ernährung oder die Stromversorgung abdecken. Weiterhin haben Ältere und Erwerbsgeminderte höhere Ausgaben für Gesundheit, Mobilität und barrierefreie Anschaffungen, die bisher überhaupt nicht berücksichtigt werden. Der VdK fordert deshalb die Neuberechnung und Erhöhung der Regelsätze.

Besserer Mieterschutz:

Wird sich Ihre Partei für Regelungen zu einem besseren Mieterschutz einsetzen?

Hintergrund und Forderungen

Wohnen ist die soziale Frage der heutigen Zeit. Menschen können mit ihrem Einkommen nicht mehr die immensen Mietpreissteigerungen tragen. Die hohe Wohnkostenbelastung treibt die Menschen in die Armut und in die Schuldenfalle. Allein durch Neubau wird man den Bedarf am bezahlbaren Wohnraum nicht decken können. Deshalb braucht es mehr und bessere Regelungen, um Mieter vor zu hohen Kosten zu schützen. Dazu gehören die Senkung der Kappungsgrenzen, eine nachgeschärfte Mietpreisbremse, die flächendeckend und unbefristet gilt, Begrenzung bei der Umwandlung in Eigentumswohnungen und besserer Schutz vor unbegründeten Eigenbedarfskündigungen.

Steuern

Reform:

Der VdK fordert eine grundlegende Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer müssen sozial gerecht ausgestaltet sein. Welchen Reformbedarf sehen Sie?

Vermögensverteilung:

Vermögen sind in Deutschland ungleich verteilt. Der VdK fordert die Wiedererhebung der Vermögenssteuer auf reformierter, verfassungskonformer Grundlage. Durch einen hohen Freibetrag von mindestens einer Million Euro soll sichergestellt werden, dass nur sehr große Vermögen besteuert werden. Schließt sich Ihre Partei dieser Forderung an?

Sozial gerecht:

Wie möchten Sie die Einkommenssteuer so reformieren, dass diese sozial gerechter ausgestaltet ist?

Hintergrund und Forderungen

In Deutschland besteht ein großer Investitionsstau. Zudem steht die Finanzierung von wertvollen Sozialleistungen ständig unter einem diskursiven Finanzierungsvorbehalt. Um die finanziellen Spielräume des Staates zu verbessern und die Bürgerinnen und Bürger besser zu unterstützen, hat der VdK steuerpolitische Forderungen. Diese dienen nicht dem Selbstzweck einer Umverteilung, sondern der Stabilisierung und Finanzierung unseres Sozialstaats oder von Infrastrukturmaßnahmen wie dem barrierefreien Ausbau des Verkehrsnetzes oder der zielgerichteten Unterstützung von Menschen bei der Klima-Transformation. Auch die Sozialversicherungen und damit die Beitragszahler werden mit immer mehr finanziellen Aufgaben belastet, die eigentlich aus dem Bundeshaushalt finanziert werden müssten. Beispiele sind hierzu die Kürzung von Bundeszuschüssen zu den Versicherungen, die Übernahme versicherungsfremder Leistungen durch die Beitragszahlenden, wie zum Beispiel die Krankenhausreform.

Sozial gerechter Klimaschutz

Klimageld:

Werden Sie zur Abfederung der in der anstehenden Legislaturperiode ansteigenden CO₂-Preise ein Klimageld einführen? Wird dies sozial gestaffelt sein?

Förderprogramme:

Die Finanzierung der ökologischen Transformation erfordert im Gebäudesektor massive Investitionen – auch von Privatpersonen. Werden Sie sich für eine soziale Staffelung der maßgeblichen Förderprogramme einsetzen, um allen Menschen eine klimafreundliche Transformation zu ermöglichen?

Mobilität:

Im Verkehrssektor ist der Umstieg auf E-Mobilität für viele Menschen nicht zu finanzieren. Haben Sie sozial gestaffelte Förderkonzepte, die allen Menschen einen Umstieg auf ein Elektroauto ermöglichen, oder unterstützen Sie Konzepte wie das Social-Leasing?

Hintergrund und Forderungen

Der Klimawandel bedroht zum Beispiel mit Hitzeperioden oder Hochwasserereignissen immer häufiger die Bürger. Doch auch Klimaschutzmaßnahmen lösen bei vielen Menschen Verunsicherung aus, wenn diese nicht sozial abgefedert werden. Die Debatten um das Gebäudeenergiegesetz, landläufig als „Heizungsgesetz“ bekannt, haben gezeigt, dass Klimaschutzmaßnahmen, die für Menschen direkte Auswirkungen haben, ohne eine soziale Abfederung zum Scheitern verurteilt sind. Dem VdK ist wichtig, dass alle Menschen in die Lage versetzt werden, sich an der Klimatransformation zu beteiligen. Bisher ist es aber so, dass der Umstieg auf Elektromobilität oder die energetische Sanierung von Gebäuden nur für Menschen mit viel Geld leistbar sind. Durch einen steigenden CO₂-Preis werden klimaschädliche Produkte des täglichen Bedarfs teurer. Dies ist für Menschen, die sich der Nutzung dieser Produkte, wie zum Beispiel Benzin oder Heizöl nicht durch eine Umrüstung entziehen können, eine drohende Belastung. Als Kompensation fordert der VdK ein sozial gestaffeltes Klimageld.